

Pressemitteilung: Wahl des 28. „Unworts des Jahres“



Unwort des Jahres 2018: „Anti-Abschiebe-Industrie“

Der Ausdruck *Anti-Abschiebe-Industrie* wurde im Mai 2018 durch Alexander Dobrindt, den Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, als offensichtlicher Kampfbegriff in die politische Diskussion eingeführt: Eine „aggressive Anti-Abschiebe-Industrie“, so Dobrindt, sabotiere die Bemühungen des Rechtsstaates und gefährde die öffentliche Sicherheit. Der Ausdruck unterstellt denjenigen, die abgelehnte Asylbewerber rechtlich unterstützen und Abschiebungen auf dem Rechtsweg prüfen, die Absicht, auch kriminell gewordene Flüchtlinge schützen und damit in großem Maßstab Geld verdienen zu wollen. Der Ausdruck *Industrie* suggeriert zudem, es würden dadurch überhaupt erst Asylberechtigte „produziert“. Wir stimmen einem/einer der Einsendenden zu, dass es sich hierbei um ein Unwort handelt, weil „mit diesem Begriff das geltende Gesetz verhöhnt wird, welches Grundlage unserer Wertegemeinschaft ist“. Als *das* Unwort 2018 gilt es uns, weil die Tatsache, dass ein solcher Ausdruck von einem wichtigen Politiker einer Regierungspartei prominent im Diskurs platziert wird, zeigt, wie sich der politische Diskurs sprachlich und in der Sache nach rechts verschoben hat und sich damit auch die Sagbarkeitsregeln in unserer Demokratie in bedenklicher Weise verändern. Der Ausdruck *Anti-Abschiebe-Industrie* wurde 10x eingesandt.

Sprachkritische Aktion
UNWORT DES JAHRES

www.unwortdesjahres.net

Prof. Dr. Nina Janich
Sprecherin
der unabhängigen Jury

kontakt@unwortdesjahres.net

15.01.2019

Außerdem kritisieren wir als Unwörter im Jahr 2018:

„**Menschenrechtsfundamentalismus**“: Dieser zynische Ausdruck wurde von Boris Palmer, Oberbürgermeister von Tübingen und Grünen-Politiker, anlässlich einer Debatte um die Seenotrettung von Flüchtlingen aus dem Mittelmeer verwendet, um damit die politische Haltung von ihm sogenannter „moralisierender Kreuzzügler“ in der Flüchtlingspolitik zu kritisieren. Der Ausdruck zeigt in erschreckender Weise (ähnlich wie eine dazu in den Medien geführte Pro- und Contra-Debatte), dass es in Deutschland diskutabel geworden zu sein scheint, ob ertrinkende Menschen gerettet werden sollen oder nicht. Menschenrechte sind fundamentale Rechte – sie zu verteidigen, ist mehr als eine bloße Gesinnung, die als „Fundamentalismus“ diskreditiert werden könnte. Wir kritisieren den Ausdruck, weil er in besonderem Maße zeigt, dass wir – wie der ehemalige Bundestagspräsident Wolfgang Thierse schon 2016 auf dem Katholikentag in

Leipzig mahnte – „Humanität neu zu lernen“ haben und „elementare Regeln des politisch-menschlichen Anstands, des Respekts vor der persönlichen Ehre und der Menschenwürde [...] für nicht wenige im Lande nicht mehr zu gelten [scheinen]“ (siehe <http://www.thierse.de/startseite-meldungen/startseite-meldungen/impuls-katholikentag-2016/>).

Der Ausdruck *Menschenrechtsfundamentalismus* wurde 2x eingesandt.

„**Ankerzentrum**“: Der Ausdruck *Ankerzentrum* findet sich im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD und bezeichnet besondere Aufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge, die dort eine „Bleibeverpflichtung“ haben, bis sie auf die Kommunen verteilt oder abgeschoben werden oder freiwillig in ihre Heimat zurückkehren. Im Koalitionsvertrag wird durch die Schreibweise noch verdeutlicht, dass der erste Bestandteil des Ausdrucks eigentlich eine Abkürzung ist: *AnKER* steht dort für „Ankunft, Entscheidung, kommunale Verteilung bzw. Rückführung“. Durch die inzwischen fast durchgängige Klein- und Zusammenschreibung (= *Ankerzentrum*) wird der Ausdruck zu einem aus unserer Sicht unangemessenen Euphemismus, der die komplizierten Prüfverfahren in diesen Zentren und zudem die strikte Aufenthaltspflicht für Flüchtlinge verschleiern, indem die positiven Assoziationen des Ausdrucks *Anker* (u.a. Festmachen in einem Hafen, Sicherheit, zudem christliches Symbol der Hoffnung) gezielt ausgenutzt werden.

Der Ausdruck *Ankerzentrum* wurde 13x eingesandt.

Unwort-Statistik 2018

Die Jury erreichten 2018 insgesamt **902 Einsendungen**. Darunter waren **508 verschiedene Ausdrücke**, von denen knapp 70 den Unwort-Kriterien der Jury entsprachen.

Die zehn häufigsten Einsendungen aus den Zuschriften an die Jury, die allerdings nicht zwingend den Kriterien der Jury entsprechen, waren *Asyltourismus* [122x], *Vogelschiss/Fliegenschiss* [22x], *DSGVO* [Datenschutzgrundverordnung] [22x], *Hetzjagd* [17x], *(bedauerlicher) Einzelfall* [14x], *Ankerzentrum* [13x], *Biodeutsche* [11x], *Anti-Abschiebe-Industrie* [10x], *Deal* [10x] und *mutmaßlich* [9x].

Die **Jury** der institutionell unabhängigen und ehrenamtlichen Aktion „Unwort des Jahres“ besteht aus folgenden Mitgliedern: den vier SprachwissenschaftlerInnen Prof. Dr. Nina Janich/Sprecherin (TU Darmstadt), PD Dr. Kersten Sven Roth (Universität Düsseldorf), Prof. Dr. Jürgen Schiewe (Universität Greifswald) und Prof. Dr. Martin Wengeler (Universität Trier) sowie dem Autor und freien Journalisten Stephan Hebel.

Als jährlich wechselndes Mitglied war in diesem Jahr der Autor und Kabarettist **Jess Jochimsen** (<https://www.jessjochimsen.de/home/>) beteiligt.

Weitere Informationen finden zur Aktion „Unwort des Jahres“, den Auswahlkriterien und bisherigen Unwörtern finden Sie unter www.unwortdesjahres.net.

Wir möchten Sie auch auf die bevorstehende Fotoausstellung „15 Jahre Unwort-Bilder“ in der Schader-Stiftung in Darmstadt hinweisen (www.unwort-bilder.de & <https://www.schader-stiftung.de/veranstaltungen/aktuell/artikel/15-jahre-unwort-bilder/>).